

# Verfassungsgericht gibt Behindertem Recht

Die Karlsruher Richter haben einen Beschluss des Landessozialgerichts Mainz zum Anspruch des Tetrapastikers Markus Igel kassiert.

VON DIETMAR KLOSTERMANN

**SAARBRÜCKEN/KARLSRUHE/BAD KREUZNACH/HAMBURG** Der schwerstbehinderte Tetrapastiker Markus Igel, 31, aus Bad Kreuznach habe sich gestern Mittag so gefreut, dass sie das Gefühl gehabt habe, dass er vor lauter Lachen erstickte. So schilderte die selbst ebenfalls auf einen Rollstuhl angewiesene schwerstbehinderte Trierer Richterin Nancy Poser, die sich wie viele andere Menschen in Deutschland für Igel einsetzt, die Gefühle Igels, nachdem er die Nachricht vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts über seinen Hamburger Anwalt Oliver Tolmein (Kanzlei Menschen und Rechte) erfahren hatte.

**„Verletzter Stolz darf einer fairen Regelung nicht im Wege stehen.“**

**Landtagsvizepräsidentin Isolde Ries (SPD)**

appelliert an die Fairness der Sozialministerin Monika Bachmann (CDU).

Die drei Richter der Ersten Kammer des Ersten Senats in Karlsruhe kassierten das Urteil des Landessozialgerichts Mainz, das Igel den Anspruch auf den Kostenersatz für seine privat engagierten Assistenzkräfte abgesprochen hatte. Der Beschluss des Landessozialgerichts Mainz verletzte Igel in seinem Anspruch auf effektiven Rechtsschutz aus dem Grundgesetz, soweit das Landessozialgericht es abgelehnt habe, Igel über das vorläufig bewilligte Budget in Höhe von 7221 Euro monatlich hinaus weitere 5400 Euro als persönliches Budget vorläufig zu gewähren. Insoweit werde der Beschluss

vom Dezember 2018 aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung ans rheinland-pfälzische Gericht zurückverwiesen, schreiben die Bundesverfassungsrichter.

Igel, der im Saarland bei der Geburt einen Hirnschaden davontrug, an Armen und Beinen gelähmt ist und jetzt in Bad Kreuznach lebt, wird vom Amt für Soziales Saarland und der Neunkircher Kreisverwaltung kostenmäßig betreut. Diese hatten ihm seine monatlichen Bezüge, die er für eine 24-Stunden-Assistenz benötigt, auf 7221 Euro zurückgestutzt, obwohl Igel für seine elf Betreuungskräfte und sonstige Auslagen knapp 12 700 Euro benötigt. Da das Landessozialgericht Mainz dieser Begrenzung zustimmte, konnte Igel seine Assistenz nur noch über Spenden aufrechterhalten. „Wir haben noch 9000 Euro in der Spendenkasse. Das reicht nicht mehr lange“, sagte Poser, die auch im Forum behinderter Juristinnen aktiv ist.

Im Januar hatten etwa 100 behinderte und nicht behinderte Menschen vor dem Saar-Sozialamt in Saarbrücken-Burbach zusammen mit Igel für dessen Recht auf ein selbstbestimmtes Leben demonstriert. Darunter waren auch Prominente wie der aus TV-Talkshows bekannte Behinderten-Aktivist Raul Krauthausen und der schwerstbehinderte Schauspieler Samuel Koch. Zudem waren Politiker aus dem Saarland vor Ort wie Landtagsvizepräsidentin Isolde Ries und Landtagsmitglied Dennis Lander (Linke).

Ries, die am Tag der Demonstration gesagt hatte, sie schäme sich für das Saarland und dafür scharf vom Koalitionspartner CDU angegriffen worden war, sagte gestern: „Die Be-



Markus Igel (vorne im Rollstuhl) bei der Demonstration im Januar vor dem Saar-Sozialamt.

FOTO: OLIVER DIETZE/DPA

gründung des Urteils kann man nur als schallende Ohrfeige für das Landessozialgericht Mainz bezeichnen.“ Die Karlsruher Richter sähen in der Kalkulation des Landessozialamtes Saarbrücken eine deutliche Unterversorgung von Markus Igel, betonte Ries. „Damit ist die Argumentationsbasis des Landesamtes krachend in sich zusammengebrochen“, sagte Ries. Das Landessozialamt zählt zum

Wirkungskreis des von Monika Bachmann (CDU) geführten Sozialministeriums. Allerdings sei das Verfahren vom Bundesverfassungsgericht an die Sozialrichter in Mainz zurücküberwiesen worden. Bis zu einer endgültigen Entscheidung könne es noch eine geraume Zeit dauern, schließlich sei das Verfahren dort bereits in der ersten Instanz seit 2014 anhängig.

Das Saar-Sozialministerium erklär-

te dünnlippig über seine Sprecherin Sarah Joseph: „Wir haben die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Fall Igel zur Kenntnis genommen. Das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz muss nun erneut entscheiden. Wir werden selbstverständlich deren neue Entscheidung umsetzen.“ Das bedeutet, dass Igel möglicherweise noch lange Zeit auf seine Kostenerstattung aus Saarbrü-

cken wird warten müssen. Dazu sagte die SPD-Landtagsvizepräsidentin Ries: „Verletzter Stolz darf einer fairen Regelung nicht im Wege stehen.“ Ries forderte Bachmann auf, „als humane Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in einem Akt der Fairness an Markus Igel den Betrag zu bezahlen, den dieser zur Führung eines selbstbestimmten Lebens benötigt“.

## MELDUNGEN

### Dörr: AfD tritt in Hälfte der Kommunen an

**SAARBRÜCKEN** (kir) Die AfD tritt nach den Worten von Landeschef Josef Dörr in rund der Hälfte der 52 Städte und Gemeinden zu den Kommunalwahlen mit einer Liste an, außerdem in allen Landkreisen und im Regionalverband. Dörr beklagte aber, viele Mitglieder hätten nicht aufgestellt werden wollen, weil sie Repressalien des Arbeitgebers oder Nachteile für ihr Geschäft fürchten. Es gebe „einen in einer Demokratie nicht duldbaren Druck“ auf Mitglieder der AfD.

### Grüne: Keine Chance für neue Autobahnprojekte

**SAARBRÜCKEN** (red) Die beiden Autobahnprojekte in Saarbrücken, die im Bundesverkehrswegeplan stehen, haben nach Ansicht von Grünen-Landeschef Markus Tressel keine Chance auf Verwirklichung. Er warf Oliver Luksic (FDP) vor, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen. Statt eines Neubaus seien die Ertüchtigung bestehender Straßen und der Schienen-Ausbau notwendig. Luksic hatte gefordert, die Querverbindung von A 1 und A 623 und den Lückenschluss zwischen A 623 und A 620 zu planen.

### Diskussion über Druck auf unabhängige Richter

**SAARBRÜCKEN** (red) „Nicht mehr ‚Im Namen des Volkes?‘ Justiz zwischen Unabhängigkeit und öffentlichem Druck“ lautet der Titel einer Diskussion des Saarländischen und des Deutschen Richterbundes am Mittwoch, 27. März, um 19 Uhr im Saarbrücker Schloss. Es diskutieren die Gerichtsreporterin Uta Eisenhardt, Ottmar Breidling, ehemaliger Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf, und Innenstaatssekretär Christian Seel (CDU).

Produktion dieser Seite:  
D. Kirch, J. Schleuning  
Dietmar Klostermann

## SPD Saar erneut verwundert über CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer

**SAARBRÜCKEN** (kir) Eine Aussage der früheren saarländischen Ministerpräsidentin und heutigen CDU-Bundesvorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer über die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität in Europa hat bei der SPD im Saarland Irritationen ausgelöst. Kramp-Karrenbauer hatte laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bei einer Konferenz gesagt: „Die einzigen, die Schengen derzeit perfekt nutzen, sind kriminelle Elemente und nicht die Sicherheitsbehörden.“ Politiker der saarländischen SPD zeigten sich verwundert über diese Aussage. Generalsekretär Christian Petry forderte Kramp-Karrenbauer



Annegret Kramp-Karrenbauer FOTO: MICHAEL KAPPELLER/DPA

er zu einer sorgfältigeren Wortwahl auf: „Auch im innerparteilichen Wettlauf nach rechts sollte die ehemalige saarländische Ministerpräsidentin an die tausenden Saarländer denken, die täglich die europäische Freizügigkeit und offene Grenzen genießen.“ Schengen passe nicht in den Kontext von Kriminellen, son-

dern in den Kontext von Freiheit in Europa. Petry: „Auch beim Einbinden des konservativen Flügels sollte die CDU-Vorsitzende ihre Worte wägen.“

SPD-Fraktionsvize Magnus Jung sagte: „Das ist nicht die Art und Weise, wie man im Saarland gelernt haben sollte, über Europa und die Freizügigkeit zu sprechen.“ Er warf ihr vor, aus parteipolitischen Motiven „den rechten Rand zu bedienen“. Bereits in der Vorwoche hatte die SPD Kramp-Karrenbauers Forderung, den Sitz des EU-Parlaments in Straßburg aufzugeben, als Affront gegenüber Frankreich und dessen Präsidenten gewertet.

## KOMMENTAR

### AKK und die Goldwaage

Annegret Kramp-Karrenbauer macht gerade eine Begegnung mit der unerfreulichen Realität bundespolitischer Kommunikation. 1. Der Kontext einer Aussage ist irrelevant, wie die Reaktion auf ihren Karnevals-Scherz zeigt. Bei jedem Statement wird eine strategische Absicht unterstellt. 2. Was verkürzt werden kann, wird verkürzt und danach auf die Goldwaage gelegt. So geschehen mit ihrer in der „FAZ“ zitierten Aussage zu Schengen. Nur die Kriminellen nutzen es perfekt, stand in der Überschrift. Der zweite Teil „... nicht die Sicherheitsbehörden“ fand sich nur im Text. Es ging also speziell um innere Sicherheit. Grünen-Chefin Annalena Baerbock (hatte sie den Text gele-

sen?) unterstellte Kramp-Karrenbauer auf Twitter gleich, den Vorteil Schengens für Reisende und Pendler zu ignorieren. So ein Quatsch! Dennoch löste sie einen Shitstorm gegen die CDU-Chefin als schlechte Europäerin aus. Erfahrene Bundespolitiker, wird oft beklagt, sagen eigentlich gar nichts Konkretes mehr. Sollte AKK das wirklich lernen?



ULRICH BRENNER

## Lafontaine wünscht sich Schüler radikaler

Sie sollten das Wirtschaftssystem infrage stellen. Die AfD hält die Klimaproteste für gesteuert - von wem?

VON DANIEL KIRCH

**SAARBRÜCKEN** Linken-Fraktionschef Oskar Lafontaine unterstützt die Schülerproteste für mehr Klimaschutz, wünscht sich aber, dass die jungen Menschen stärker die Systemfrage stellen. Die Demonstrationen müssten in Verbindung gebracht werden mit dem Wirtschaftssystem, sonst seien sie „sinnlos und eine Mogelpackung“, sagte Lafontaine. „Mit einer zerstörerischen Wirtschaftsordnung kann man die Umwelt nicht bewahren.“ Er wünsche sich, dass dies „noch viel stärker in den Vordergrund“ der Demonstrationen trete. Lafontaine unterstützte das Ziel, langfristig aus der Kohleversromung auszusteigen. Statt die Windenergie auszubauen, setzt er auf Gaskraftwerke und eine bessere Wärmedämmung.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Josef Dörr, zeigte sich überzeugt, dass die Klima-Proteste der Schülerbewegung „Fridays for Fu-

ture“ gesteuert sind. Von wem, dazu sagte er nichts. Dörr sagte lediglich: „Um die Umwelt geht es bestimmt nicht.“ Dörr weiter: „Wir wissen ja auch nicht ganz genau, wer uns letzten Endes regiert. (...) Dem Volk sagt man nicht alles.“ In Frankreich, mutmaßte Dörr, könnte es darum gehen, mit den Schülerprotesten von den Protesten der Gelbwesten abzulenken – allerdings gebe es die Schülerdemos ja nicht nur in Frankreich, räumte er selbst ein.

Sein Fraktionskollege Rudolf Müller machte die Medien mitverantwortlich für die Mobilisierung der Schüler: „Wenn sie darüber nicht so ausführlich berichten würden, wäre der Aufmarsch sicher nicht so groß.“ In einer Pressemitteilung der AfD-Fraktion war kürzlich von einer „radikalen Ökokaste“ und „militanten Umweltaktivisten“ als Urheber der freitäglichen Klimaproteste der Schüler zu lesen. Die AfD bezweifelt, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht ist.



Oskar Lafontaine, Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag FOTO: JÖRG CARSTENSEN/DPA



Josef Dörr, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag FOTO: OLIVER DIETZE/DPA

Als „absoluten Schwachsinn“ und „Verschwörungstheorie“ bezeichneten die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD, Hermann Scharf und Magnus Jung, die Sichtweise der AfD. Beide äußerten Sympathie für die jungen Demonstranten und sprachen sich für entschlossenere Maßnahmen

im Kampf gegen den Klimawandel aus. Scharf pochte aber auf die Einhaltung der Schulpflicht. Wenn die Proteste über Wochen und Monate weitergingen, seien die Schüler am Ende die Leidtragenden. „Wenn sie jeden Freitag drei Stunden Mathematik hätten und nachher Lücken haben, ist das auch nicht im Sinne des Erfinders.“

Jung sagte: „Natürlich kann man auch außerhalb des Unterrichts demonstrieren, aber dann hätte das wahrscheinlich nicht die politische Wirkung.“ Natürlich werde es dokumentiert, wenn ein Schüler nicht da sei, „aber das soll es dann auch erst einmal gewesen sein“. Zum ersten Mal seit langer Zeit engagierten sich viele junge Menschen für ein wichtiges Thema, da sei es nicht angemessen, „über Schulrecht und Schulpflicht zu diskutieren“. Die Politik solle sich stattdessen „zunächst mal auf die Debatte einlassen, die die jungen Menschen mit uns führen wollen“.

### ÖDP wirft Stadtverwaltung Schlendrian vor

**SAARBRÜCKEN** (jöv) Die Ökologische-Demokratische Partei (ÖDP) im Saarland klagt über einen „laxen Umgang“ der Saarbrücker Stadtverwaltung mit Unterstützungsunterschriften. Die ÖDP muss bis zum 21. März mindestens 135

Der Generalsekretär des ÖDP-Landesverbands Jorgo Chatzimarkakis. FOTO: IRIS MARIA MAURER



dieser Unterschriften zusammenbekommen, um an der Kommunalwahl Ende Mai teilnehmen zu können. Zeitweise waren mehrere Unterschriften bei der Stadtverwaltung nicht auffindbar, sagte der ÖDP-Landesvorsitzende und frühere FDP-Politiker Jorgo Chatzimarkakis. Mittlerweile sind sie wieder aufgetaucht.